

Verfassungswidrige Kriegsübungen der US-Kampffjets und Hubschrauber rauben Westpfälzern und Saarländern die Ruhe und den Nachtschlaf!

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 058/06 – 01.07.06

**Schluss mit den Übungsflügen
der US-Kampffjets und Hubschrauber,
die über der Westpfalz und dem Saarland
verfassungswidrige Kriegseinsätze üben!**



Fundsache

236th kehrt nach Zentral-Europa zurück: Im Dezember 2005 kehrte die 236th Medical Company Air Evacuation (236. Medizinische Kompanie zur Luft-Evakuierung) nach einem zwölfmonatigen Fronteinsatz in Kuwait, im Irak und in Afghanistan zurück. Die Einheit evakuierte über 900 Verwundete während ihres Einsatzes (übersetzt aus <http://www.30thmed.army.mil/> - Photo Gallery).

Verfassungswidrige Kriegsübungen der US-Kampffjets und Hubschrauber rauben Westpälzern und Saarländern die Ruhe und den Schlaf!

Nach der US-Air Force bereitet sich jetzt auch die US-Army im Luftraum über der Westpfalz und dem Saarland auf ihre Kampfeinsätze vor

Wie immer in den Sommermonaten steigert sich der Fluglärmterror, den die F-16 und A-10 der US-Air Force aus Spangdahlem aber auch die Kampffjets anderer NATO-Staaten in den Übungsräumen TRA Lauter und MANIA (Nachtfluggebiet) oder über den Polygonen veranstalten, zu einem nervenzerfetzenden Crescendo, das vom frühen Morgen fast ununterbrochen bis in die Nacht andauert (s. auch LP 015/05). Dazu kommen die je nach Windrichtung wechselnden An- und Abflüge der ebenfalls sehr lauten US-Militärtransporter, die nach der Schließung der US-Air Base Frankfurt jetzt an manchen Tagen pausenlos in Ramstein starten und landen. Die Nerven der Bewohner der Westpfalz und des Saarlandes sind also ohnehin schon bis zum Zerreißen angespannt. Dass jetzt auch noch die US-Army ihre Hubschrauber bis in die Nachtstunden über der Westpfalz – besonders über Landstuhl und Umgebung – üben lässt, ohne sich um die wachsenden Proteste der Betroffenen zu kümmern, muss deshalb als gewollte Provokation betrachtet werden.

Landstuhler US-Hubschrauber-Einheit hat bereits an den Angriffskriegen im Irak und in Afghanistan teilgenommen

Die in der obigen Fundsache genannte 236th Medical Company (Air Ambulance) ist auf dem Landstuhl Heliport, einem Hubschrauberlandeplatz auf dem Kirchberg in der Nähe des US-Hospitals, des Landstuhl Regional Medical Center, stationiert. Sie gehört zur 30th Medical Brigade der US-Army, die ihren Sitz in Heidelberg hat, und ist mit Hubschraubern vom Typ UH-60 ausgerüstet, der als „Black Hawk“ (Schwarzer Habicht) bekannt ist. Sie transportieren zwar Soldaten und Lasten, können, wie unser Titelbild zeigt, aber auch als raketenbestückte Kampfmaschinen eingesetzt werden.

Die 236th Medical Company aus Landstuhl hat nicht nur die Aufgabe, zur Air Base Ramstein geflogene Verletzte schnell in das US-Hospital auf dem Kirchberg zu bringen. Wie oben nachzulesen ist, war sie im letzten Jahr auch zur Evakuierung von Verwundeten auf den Kriegsschauplätzen im Irak und in Afghanistan eingesetzt. Sie hat sich also zuvor auf deutschem Boden auf zwei verfassungswidrige US-Angriffskriege vorbereitet und ist auch von Landstuhl aus auf die jeweiligen Kriegsschauplätze verlegt worden.

Wird bereits der nächste Kriegseinsatz im Iran vorbereitet?

Zur Zeit üben diese und andere Hubschrauber-Einheiten der US-Army offensichtlich wieder sehr intensiv – vor allem in den Nachtstunden. Das lässt darauf schließen, dass weitere Kriegseinsätze trainiert werden – etwa die nächtliche Bergung von Piloten abgeschossener Kampfflugzeuge oder die Absetzung und Versorgung von Sabotagetrupps hinter den gegnerischen Linien. Die US-Kriegspläne für einen überraschenden Luftschlag gegen

den Iran – unter Einsatz bunkerbrechender Atomwaffen – sind keinesfalls aufgegeben. Das der Weltöffentlichkeit als besonders großzügig verkaufte Verhandlungsangebot an die iranische Führung kann genau wie das unannehmbare „Angebot“ vor dem Kosovo-Krieg an Serbien auch nur zur psychologischen Kriegsvorbereitung dienen. Wenn der Iran sich hartnäckig weigert, seine erlaubte Urananreicherung einzustellen, könnten die USA mit Unterstützung einzelner NATO-Staaten wie der Bundesrepublik trotzdem plötzlich losgeschlagen, weil – wie vor dem Kosovo-Krieg – ja angeblich alles versucht wurde, um einen Krieg zu verhindern.

Was haben die deutschen Politiker vor Ort bisher gegen den nächtlichen Hubschrauberlärm unternommen?

Bürgermeister Klaus Grumer und der Erste Beigeordnete Peter Degenhardt (beide CDU) von der Verbandsgemeindeverwaltung Landstuhl haben bereits im Mai dieses Jahres mit dem US-Army-Kommandeur des Landstuhl Heliport, Major Brelin, einem Offizier des 86th Airlift Wing, Colonel Apgar, und dem Oberkommandierenden der USAFE, General Hobbins, auf der US-Air Base Ramstein gesprochen. Dabei mussten sie sich von der US-Air Force darüber belehren lassen, dass – was zutrifft – eigentlich die US-Army zuständig ist. Der Major der US-Army hat sich auf eine Genehmigung des deutschen Verteidigungsministeriums berufen, für die letztlich Minister Franz Josef Jung (CDU) verantwortlich zeichnet. Diese Genehmigung ist offensichtlich so großzügig ausgefallen, dass auch andere US-Hubschrauberstaffeln aus ganz Süddeutschland über der Landstuhler Gemarkung üben dürfen. Die Bundestagsabgeordneten Anita Schäfer (CDU) und Lydia Westrich (SPD) sollen unseren Verteidigungsminister dazu bringen, die Verlegung der Hubschrauberflüge auf den Truppenübungsplatz Baumholder zu veranlassen (RHEINPFALZ, 19.05.06).

Weil der nächtliche Hubschrauberlärm Kinder und Berufstätige besonders hart trifft und allen Menschen auch weiterhin den Schlaf raubt, wurde beim rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck protestiert und mit Resolutionen politischer Gremien und der Einberufung der für die Air Base Ramstein zuständigen Lärmschutzkommission gedroht. Außerdem sollten sich Betroffene häufiger telefonisch beim Verbindungsbüro in Ramstein, also wieder bei der US-Air Force beschweren (RHEINPFALZ, 17.06.06).

Die CDU/FWG-Koalition will bei der nächsten Sitzung des Kreistages eine Resolution einbringen, mit der Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) aufgefordert werden soll, Hubschrauber-Nachtflüge nach 22 Uhr nicht mehr zuzulassen. (RHEINPFALZ, 20.06.06).

Die FDP-Fraktion des Kreistages hält ein Nachtflugverbot für nicht ausreichend und möchte auch weiterhin eine Verlegung der Hubschrauber-Einheit weg vom Kirchberg erreichen (RHEINPFALZ, 22.06.06).

Gremien und Politiker der Grünen, der WASG und der SPD haben sich nach unseren Informationen bis Ende Juni nicht zu diesem Problem geäußert. Auch der zuständige Landrat des Landkreises Kaiserslautern, Rolf Künne (SPD), schweigt hartnäckig.

Wie kann der Lärmterror der US-Hubschrauber und Kampffjets schlagartig beendet werden?

Dazu hat Charlotte Drewitz von der RHEINPFALZ in ihrem Beitrag „EINGEKREIST“ am 24.06.06 gefordert, es müsse Schluss mit Üben sein. Einsätze müssten zwar geübt werden, aber weil die Pfalz kein Truppenübungsplatz sei, müssten die US-Hubschrauber eben umziehen. Dabei gibt es eine klare juristische Handhabe, um lautstarke militärische Kriegsübungen der US-Streitkräfte über der Westpfalz und dem Saarland einfach zu verbieten.

Unser Grundgesetz schreibt in Art. 26 unmissverständlich vor: „(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völ-

ker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Unter Berufung auf diesen Grundgesetz-Artikel, das Friedensgebot der UN-Charta, die Genfer Konventionen, die Haager Abkommen, den Nordatlantikvertrag – die Gründungsurkunde der NATO – und den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik hat das Bundesverwaltungsgericht am 21.06.05 in seinem Urteil BVerwG 2 WD 12.04 (s. LP 033/05 und 034/05), in aller Deutlichkeit ausgeführt, wie sich die Bundesregierung im Falle eines verfassungswidrigen Angriffskrieges, den Truppen eines fremden Staates auf deutschem Boden vorbereiten oder von deutschem Boden aus führen wollen, zu verhalten hat.

Die Bundesregierung muss alle militärische Maßnahmen fremder Truppen auf oder über deutschem Territorium, die der Vorbereitung oder Führung eines völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieges dienen, sofort unterbinden.

Besonders drastische Eingriffe müssen in den Flugbetrieb auf den US-Flugplätzen Ramstein und Spangdahlem und in den militärischen Luftverkehr der US-Streitkräfte über Deutschland vorgenommen werden. Lufttransporte zu und von den Kriegsschauplätzen in Afghanistan und im Irak dürfen künftig nicht mehr durch den Luftraum der Bundesrepublik erfolgen. Das gilt auch für Nachschub- und Verwundetentransporte. Auch die Versorgung einer kämpfenden Truppe mit Nahrungsmitteln und Getränken und die medizinische Versorgung von Verwundeten dienen der Unterstützung von Kriegshandlungen. Das US-Hospital Landstuhl darf keine Verwundeten mehr behandeln, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie nach ihrer Genesung wieder in den völkerrechtswidrigen Kriegen eingesetzt werden.

Luftkampfübungen (TRA Lauter, MANIA) und Übungsangriffe auf Bodenziele (Polygone) dürfen nicht mehr der Vorbereitung amerikanischer Piloten auf Kampfeinsätze im Irak, in Afghanistan oder in künftigen Angriffskriegen dienen. Da unser Land keinen Angriff zu befürchten hat, sind Luftkampfübungen fremder Luftwaffen über unserem Territorium zu untersagen. Das gilt auch für alle US-Hubschrauberflüge im Bereich Landstuhl, die nur zur Vorbereitung weiterer Kriegseinsätze stattfinden. CDU-Verteidigungsminister Jung muss dieses Verbot aussprechen, weil unser Grundgesetz ihn dazu verpflichtet.

Ach, iwwerischens ...

Ich deed emol gäre wisse, wann unser Bollidigger un Jurischde es ledschdmol in unser Grundgesetz geguckt hann. Die missde doch wisse un werre defor bezahlt, dass no Recht un Gesetz hannele misse. Die breischde jo noch net emol in de Grimmele se suche. Dass die Amis bei uns net ehr Iwwerfäll uff annere Länner iewe derfe, is noo unsere Vefassung doch so klar wie Kläärche. Wie se noch Besatzer ware, hann se mache kenne, wasse wolde. Die Zeit is awwer seit de Wiederveeinischung erum, blooss unser Bollidigger hanns scheints immer noch net geschnallt.

Wichtige Telefonnummern

Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer	0800 / 8620730
Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein	06371 / 952655
Innenministerium RLP –Flugbetrieb	06131 / 163382
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz	06131 / 164700
Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin	01888 / 242424

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern